

EUROPA: CHANCE UND STREIT!

Jacques Delors, António Vitorino und der Verwaltungsrat von *Notre Europe* – Jacques Delors Institut

Einige Tage vor den Europawahlen am 22.-25. Mai 2014 betonten Jacques Delors, António Vitorino und der Verwaltungsrat von *Notre Europe* – Jacques Delors Institut, dass die Europäische Union in Zeiten der wirtschaftlichen und sozialen Krise und der Ukraine-Krise sowohl eine Chance als auch eine Aufforderung zum Streit darstellt und rufen die Bürger zur Wahl der politischen Mehrheit auf, die in den folgenden 5 Jahren Entscheidungen im Namen der EU treffen wird.

Dieser Meinungsbeitrag wurde in *Le Figaro* (Frankreich), *To Vima* (Griechenland), *La Razón* (Spanien) und *Le Temps* (Schweiz) sowohl als auf EurActiv.com veröffentlicht.

Die derzeitige Ukraine-Krise macht uns – ebenso wie die seit mehreren Jahren andauernde Krise Europas – einmal mehr bewusst, wie sehr die Verwirklichung der Europäischen Union (EU) eine Chance ist, aber auch wie sehr es im Streit um sie zu kämpfen gilt. Die Europäer sind aufgerufen, sich zwischen dem 22. und dem 25. Mai durch ihre Stimmabgabe an dieser Auseinandersetzung zu beteiligen.

1. Die Union und die Wirtschafts- und Sozialkrise

Es ist ein Kampf gegen die Wirtschafts- und Sozialkrise, die sowohl durch Spekulationen im Banken- und Immobiliensektor als auch durch staatliche Misswirtschaft ausgelöst wurde und von deren Auswirkungen zahlreiche Europäer hart getroffen wurden. Während die Europäische Zentralbank (EZB) rasch auf diese Krise reagierte, mussten die Staats- und Regierungschefs schwierige Kompromisse aushandeln, die auf einem einfachen Prinzip basierten: Bereitstellung von EU-Hilfen für die in Schwierigkeiten geratenen Staaten, als Gegenleistung jedoch eine stärkere Kontrolle über die jeweilige nationale Politik. Die Troika ist die radikalste Spielform dieses Kompromisses, die dazu führte, dass die EU an der Seite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und im Einklang mit diesem agierte, wodurch die EU bald so unpopulär wurde wie der IWF... Die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung durch die betroffenen Länder, die oft exzessiv schmerzhaft wurden, haben es ermöglicht, Irland aus der Krise zu führen und die anderen Staaten an die Finanzmärkte zurückzubringen.

Ein klassischerer Ansatz war die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die nunmehr eine bessere Vorbeugung neuer Krisen ermöglicht: Durch diese Reform werden exzessive Haushaltsdefizite und Staatsschulden stärker überwacht, es wird jedoch auch die Entwicklung

der privaten Verschuldung und der Ungleichgewichte im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften evaluiert. Die flexible Handhabung dieses Pakts war Ausdruck des Bestrebens, Haushaltskonsolidierung und Erhalt des Wachstumspotenzials in den Mitgliedstaaten miteinander in Einklang zu bringen. Es bedarf aber einer stärkeren Fokussierung auf die europäischen Ziele des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung über den im Juni 2012 angenommenen Wachstumspakt hinaus. Dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit muss in Europa eindeutig die höchste Priorität zukommen, was in erster Linie Entscheidungen auf nationaler Ebene, aber auch einen sichtbaren Beitrag vonseiten der EU voraussetzt.

Der europäische Kampf gegen die Krise ist auch ein Kampf gegen die Störungen der Finanzmärkte. Die Schaffung der Währungsunion hat uns mehr Stabilität geschenkt und uns vor spekulativen Angriffen und wettbewerbspolitisch motivierten Währungsabwertungen geschützt: Die Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger in allen Ländern der Eurozone eine Rückkehr zu den nationalen Währungen mehrheitlich ablehnen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Finanz- und Sozialebene hätte, lässt sich sicher größtenteils auf den Wunsch zurückführen, derartigen Bedrohungen nicht mehr ausgesetzt zu sein. Auch die Bankenunion, bei der kürzlich entscheidende Schritte umgesetzt wurden, wird uns besser vor einem Fehlverhalten von Banken schützen: Denn die Banken werden in Zukunft, unter Leitung der EZB, strenger überwacht und sie müssen für eine eventuelle Bankenrettung (anstelle der Steuerzahler) selbst aufkommen, sollte eine solche erneut erforderlich werden. Von einer vollständigen Fiskalunion scheint man zwar noch weit entfernt, das jüngste Abkommen über die Besteuerung von Spareinlagen ist jedoch zu begrüßen und wird eine neue Phase einleiten: Das nach sechs Jahren intensiver Verhandlungen beschlossene Abkommen ermöglicht den

Staaten eine bessere Besteuerung jener Steuerpflichtigen, die Steuerflucht als attraktive Option betrachten, und somit in dieser schwierigen Zeit die Nutzung zusätzlicher öffentlicher Mittel.

2. Die Union und die Ukraine-Krise

Die Ukraine-Krise macht, wie der arabische Frühling, zunächst deutlich, dass viele unserer Nachbarn unter den gleichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen leben möchten wie wir. Sie erinnert uns jedoch auch daran, dass die globalen Entwicklungen ein hohes Maß an Instabilität mit sich bringen. Die nationalen und europäischen Behörden haben die russische Annexion der Krim einstimmig verurteilt. Sie haben sowohl politische als auch finanzielle (Kontosperren) Sanktionen gegen die russische Führung verhängt. Die europäischen Staaten müssen gegenüber Wladimir Putin, der nur durch ein gemeinsames Handeln der EU und der Vereinigten Staaten wirksam in Schach gehalten werden kann, weiterhin Geschlossenheit zeigen. Angesichts dessen, versteht es sich von selbst, dass uns die Ukraine-Krise dazu ermutigen sollte, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik neue Impulse zu verleihen und eine von der Erweiterungspolitik deutlich dissoziierte Nachbarschaftspolitik. Sie muss uns auch dazu ermutigen, die Umsetzung einer wirklichen „Europäischen Energiegemeinschaft“ voranzutreiben, die vor allem auf zwischenstaatlicher Solidarität basiert und die Abhängigkeit von unseren Energielieferanten, insbesondere den russischen, verringert.

Die Rettung der zahlungsunfähigen Staaten, die Bekämpfung der Auswüchse der Finanzwelt und die Standhaftigkeit gegenüber Russland waren drei Herausforderungen, angesichts derer die EU-Mitgliedstaaten keine gemeinsame Position vertraten. Mit Geduld konnte im gemeinsamen Interesse der Europäer jedoch eine einheitliche Linie erarbeitet werden. Diese Einigung steht es den Mitgliedstaaten in vielen Bereichen frei, nach eigenem Gutdünken zu handeln. Auch gilt es beim Einigungsprozess die nationale Vielfalt weiter zu respektieren. Die Einigung Europas ist jedoch umso notwendig, um die großen Herausforderungen bewältigen zu können,

denen die Mitgliedstaaten völlig hilflos gegenüberstehen würden, würden sie versuchen, im Alleingang zu handeln.

3. Eine Union, die auf einer von den Europäern gewählten politischen Mehrheit beruht

Weil die Einigung Europas eine Chance ist, aber auch erkämpft werden muss, ist es wichtig, im Mai die politische Mehrheit zu wählen, die der EU im Lauf der nächsten fünf Jahre im Europäischen Parlament Gestalt verleihen wird.

Die Europawahlen dienen daher in erster Linie dazu, das Kräfteverhältnis der Parteien zu ermitteln, auf dem die Entscheidungen des Europäischen Parlaments bis 2019 basieren werden. Fünf große europäische Parteien haben auf konstruktive Art und Weise Kandidaten nominiert, die den Differenzen, die die politischen Kräfte in Europa trennen, im Rahmen einer umfassenden pluralistischen Debatte ein Gesicht verleihen. Die aus dieser Wahl hervorgehenden Mitglieder des Europaparlaments werden den Präsidenten der Kommission wählen und die Entscheidungen über so wichtige Herausforderungen wie die Umwelt, die Energie, die Landwirtschaft, den Verkehr oder die Gesundheitsfürsorge treffen müssen. Bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament geht es nicht in erster Linie um eine Stimme für oder gegen Europa: Die anti-europäischen Parteien unterbreiten keine über ihre systematische Kritik hinausgehenden Vorschläge, die es den Europäern ermöglichen könnten, die Herausforderungen, mit denen sie sich konfrontiert sehen, zu meistern. Diese inkohärente und gespaltete Ablehnungsfront hat zudem bei Weitem nicht das Potenzial, die Mehrheit der Parlamentssitze zu erlangen.

Wir möchten das Desinteresse an der Politik und den schwindenden Gemeinsinn, die Grundprobleme unserer Gesellschaften sind, über diesen Stichtag im Mai 2014 hinaus bekämpfen. Es gilt, sich an der Debatte und an den Wahlen beteiligen, um zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Zukunft beizutragen. Dies werden wir in unserem bescheidenen Rahmen weiterhin tun, um die Bürgerbeteiligung auf europäischer und auf nationaler Ebene zu forcieren.